

Kiez Frankfurter Allee Süd

Am Samstag, 22.10.2005, heißt es endlich: Tür auf im neuen Nachbarschaftshaus der Kiezspinne!

von Birgit Monteiro, Geschäftsführerin des Kiezspinne FAS e.V.

Träume werden manchmal wahr. Jedenfalls wenn die, die sie träumen einen langen Atem und starke Verbündete haben.

Im Herbst 1999 stellten Nachbarschaftsverein Kiezspinne FAS e.V. und Wohngebietsrat einen ersten Vorantrag zum EU-Programm Urban II. Nachbarschaftsarbeit im Kiez Frankfurter Allee Süd fand zu diesem Zeitpunkt auf einer Fläche von 90 qm in einem ausgebauten Keller der Harnack-Schule statt. Ob die Beteiligten damals ahnten, welcher langer Weg vor ihnen lag? Im Sommer 2001 gründeten Nachbarn, Kiezspinne, Initiativen und Kooperationspartner eine **AG Nachbarschaftshaus**, die sich bis zum heutigen Tag monatlich trifft, um das Projekt voranzutreiben. Im Herbst 2001 stellte die Kiezspinne bei der Investitionsbank Berlin den Antrag auf Kofinanzierung des Projekts, im Februar 2002 wurden aktualisierte Antragsunterlagen an den Lenkungsausschuss des Urban II-Projektes übergeben, in denen der **Umbau des Schulgebäudes in der Schulze-Boysen-Str. 38 zum Nachbarschaftshaus** beantragt wurde. Im Mai 2002 reservierte der Lenkungsausschuss 1,5 Mio. Euro dafür. Es folgten vielfältige Beratungen mit dem Bezirksamt zu Konzept und Konditionen. Im November 2002 bestätigte der damalige Bezirksbürgermeister der Kiezspinne, dass die Schule nicht mehr

für Unterrichtszwecke benötigt wird. Der Weg schien frei. Doch neue Probleme tauchten auf. Fragen wie „Ist das Gebäude zu groß?“, „Sollen 2 Etagen abgerissen werden, um das Mietausfallrisiko zu mindern?“. Die Kiezspinne gab deshalb ein **Wirtschaftlichkeitsgutachten** in Auftrag, welches herausfand, dass **Teilabriss und anschließende Sanierung genauso teuer seien, wie ein vollständiger Abriss**

tekturbüros ihre Entwürfe. Eindeutiger Sieger wurde der Entwurf der **Architekten Buddensieg/Ockert**, die einen ovalen, zweigeschossigen Baukörper vorschlugen. Von da an ging es schnell: ab Herbst 2003 wurde die Schule abgerissen, im Dezember der Bauantrag eingereicht, am 10.09.2004 der Grundstein gelegt und am 08.04.2005 das Richtfest gefeiert. Und **dank vieler fleißiger ehren- und hauptamtlicher Helfer kann das neue Nachbarschaftshaus am 22.10.2005 feierlich eröffnet werden.** Der Kiez Frankfurter Allee Süd sieht an diesem Tag Orange, denn **das neue, ovale Haus bekommt den Namen „Orangerie“.** Außen orange und innen das Pflänzchen Soziokultur. So wie der Vereinsname *Kiezspinne* für Vernetzung steht, wird auch die *Orangerie* ein Bild sein. Neben dem Apfelsinenbäumchen im Café, werden die Räume die Namen von Pflanzen erhalten und die Themen Natur und Nachhaltigkeit auf diese Weise dauerhaft an das Haus binden. **Am Eröffnungstag erwartet Sie ab 15**



„Orangerie“ kurz vor der Vollendung –
das Nachbarschaftshaus in der Schulze-Boysen-Str. 38

und Neubau. Und: Im anschließenden Betrieb ist der Neubau sogar kostengünstiger. Im Juni 2003 erhielt diese Variante den Zuschlag. Ein Architektenwettbewerb wurde ausgeschrieben. Kiezspinne machte dabei zur Bedingung, dass im neuen Haus die Bleiglasfenster des ehemaligen Schulgebäudes integriert werden. Im August 2003 präsentieren acht Archi-

Uhr ein Feuerwerk an Kultur und Aktion: Spiel & Spaß für Kinder, Tanzshows, klassische und moderne Musik, heitere Literatur, Modenschau, Artisten, Kunst- und Kräutermarkt, Salsa und Trommelworkshop, Hausrundgänge, Tombola, kulinarische Kiezspinnen-Spezialitäten usw. Und ab dem 24.10.2005 folgen noch unendlich viele, bunte *Kiezspinnentage!*

Öffentliche Fraktionssitzung

zum Thema

Hilfen zur Erziehung in Lichtenberg:

Bei persönlicher oder familiärer Krise – am besten den Bezirk wechseln!

am Mittwoch, den **26. Oktober 2005**, um **18.30 Uhr**

im **Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg**, Neustrelitzer Str. 57, 13055 Berlin

SPD-Fraktion enthält sich beim Haushalt 2006/2007:

Tricksereien bei den Hilfen zur Erziehung – Nicht mit uns!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Die SPD-Fraktion Lichtenberg ist insgesamt mit den vom Bezirksamt vorgelegten Ansatzbildungen im Haushaltsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2006/2007 zufrieden.

Dies ist auch eine Folge der erheblichen Konsolidierungsanstrengungen, die das Bezirksamt seit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2004/2005 unternommen hat. Wir haben es immer begrüßt, dass das Bezirksamt den Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2004/2005 - sozusagen im Vorgriff auf die hundertprozentige Mittelzuweisung nach dem Produktsummenbudget im Jahre 2005 - bereits für das Jahr 2004 vollständig nach den produktbezogenen Budgetierungsergebnissen aufgestellt hat.

Das Budgetierungsverfahren hat schonungslos aufgedeckt, wo verwaltungsintern erhebliche Kosten eingespart werden können, ohne dass dies sofort zu Lasten von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger geht. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass wir uns diesbezüglich auf einem viel niedrigerem Niveau befinden als noch vor einigen Jahren. Der Bezirk musste leider den Menschen einiges an Einsparungen abverlangen, um zu einem ausgeglicheneren Haushalt zu gelangen. Die Konso-

lidierung der öffentlichen Haushalte ist und bleibt erklärtes Ziel der Berliner SPD, um das Leben auf Kosten der nächsten Generationen zu beenden und für diese wieder Handlungsspielräume zu eröffnen. Die notwendigen Einschnitte gestalten sich jedoch erheblich verträglicher, wenn sie sukzessive über Jahre vorgenommen werden und nicht plötzlich in unerwarteter Härte über die Bürgerinnen und Bürger hereinbrechen. **Wir halten deshalb die Kürzungsvorgaben der Senatsverwaltung für Finanzen für gerade noch zumutbar.** Darüber hinaus gehende Kürzungen des Bezirksamtes wie bei den Hilfen zur Erziehung (HzE) – sozusagen in vorausseilendem Gehorsam oder zum Stopfen von Löchern in anderen Bereichen – wollen wir dagegen nicht hinnehmen: Akteure der Lichtenberger Jugendhilfe stellen seit dem Jahr 2004 verstärkt fest, dass Jugendliche und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf diese Unterstützung durch das Jugendamt im Rahmen der HzE häufig nicht, zu spät oder unzureichend erhalten.

Die entsprechenden Ausgabenentwicklungen entsprechen dieser Beobachtung. **Die Mittel wurden um ca. 9 Mio. Euro reduziert.** Das sind etwa ¼ der Ausgaben. Gegenüber dem veranschlagten Budget bleiben die Ausgaben

um ca. 5,5 Mill. Euro zurück. Dieser Trend setzt sich nun für die Jahre 2006/2007 fort. Der Senat hat dem Bezirk Lichtenberg nochmals ca. 2,6 Mio. € weniger zugewiesen als 2004. Im Haushaltsplanentwurf wurden jedoch nicht nur die 2,6 Mio. € gekürzt, sondern die Mittel um insgesamt ca. 5 Mio. € abgesenkt (**Fast 20% gegenüber dem Jahr 2004!**), **obwohl die PDS öffentlich geäußert hat: eine Absenkung unter das Niveau des Vorjahres wird es nicht geben.**

Die Mittel wurden – so die Erläuterung des Stadtrates für Jugend, Michael Räßler (PDS) – für Jugendberufshilfen oder betreutes Wohnen für Mütter und Kinder verwendet.

Ein Blick auf diese Haushaltstitel zeigt jedoch, dass die Budgets in keinem der Bereiche größer sind als im Haushalt 2004/2005 vorgesehen.

Die Diskrepanz zu den politischen Aussagen der PDS ist offensichtlich. **Die PDS spart direkt an den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien im Bezirk.**

Wir können dies politisch nicht mittragen, weil für uns das **Leitbild des Kinder & familienfreundlichen Bezirkes** nicht nur eine leere Phrase ist. Deshalb haben wir uns bei der Abstimmung über den Haushalt der Stimme enthalten.

Mehr Demokratie auf Bezirksebene

Bürgerantrag und Bürgerentscheid – neue Formen der Bürgerbeteiligung

von Kurt Hemmerlein, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Während seit einiger Zeit intensiv die Arbeiten an der Ausgestaltung des Modellversuchs „Bürgerhaushalt“ laufen, wurde durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gegen die Stimmen der CDU-Fraktion das Siebente Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) beschlossen.

Das BezVG bindet die Bezirksverwaltungen und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in ihren Rechten und Pflichten. Die Geschäftsordnung der BVV muss sich entsprechend an den Vorgaben des BezVG orientieren. Zu den Neuerungen gehören Abschnitt 6 „Mitwirkung der Einwohnerschaft“ und Abschnitt 7 „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“. Beide Abschnitte sollen der **Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürger** an der Gestaltung ihres Bezirkes dienen und eine **bürgernahe Politik** ermöglichen. Es wird nunmehr festgeschrieben, dass an allen wichtigen Planungen und Vorhaben des Bezirkes die Einwohnerschaft rechtzeitig und in geeigneter Form zu unterrichten ist.

Die **Einwohnerfragestunde** wird jetzt Bestandteil der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der BVV. Zur Erörterung von wichtigen Bezirksangelegenheiten können Einwohnerversammlungen durchgeführt werden. Dies erfolgt auf Verlangen der BVV oder wenn ein Drittel der BVV einen entsprechenden Antrag eines Einwohners unterstützt. Auch in allen anderen Angelegenheiten, zu denen die BVV Beschlüsse fassen kann, können die Einwohner des Bezirkes, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, Empfehlungen an die BVV richten. Diese muss von einem Prozent der Bevölkerung des Bezirkes unterstützt werden. Ein Bürgerbegehren kann ebenfalls zu allen Angelegenheiten der BVV gewünscht werden. Dieses Bürgerbegehren muss spätestens nach 6 Monaten nach Einreichung von drei Prozent der Einwohner des Bezirkes unterstützt werden. Spätestens vier Monate nach der Entscheidung über das Zustandekommens des

Bürgerbegehrens wird dann der Bürgerentscheid durchgeführt. Zur Gültigkeit des Entscheids ist erforderlich, dass sich 15 Prozent der Wahlberechtigten des Bezirkes an der Abstimmung beteiligen. **Wer sich genauer über den kompletten Wortlaut informieren möchte, kann dies im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin vom 15.07.2005 tun.** Für die BVV und ihren Geschäftsordnungsausschuss heißt es nun, das neue BezVG in die Geschäftsordnung einzuarbeiten. **Ausgestalten allerdings müssen es die Bürger unseres Bezirkes selbst.** Bleibt zu hoffen, dass die oben genannte Intention umgesetzt werden kann und nicht statt dessen die Verantwortung für politische Entscheidungen – die jetzt schon oft zwischen Senat und Bezirk hin und her geschoben wird – weiter verwischt wird. **Die SPD wird jedenfalls wie bisher ein offenes Ohr für die Belange der Bürger haben.**

Impressum: Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel.: 57795448
 Fax: 57795449, e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de, web: www.spd-lichtenberg.de, V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
 Redaktion und Satz: Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, Boris Schymetzko